

**1. MAI 2015**  
**DIE ARBEIT DER ZUKUNFT**  
**GESTALTEN WIR!**

**01. Mai Rede 2015 in Haßloch**

**Sabrina Kunz, stellv. Landesvorsitzende GdP**

**ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!!!!**

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

herzlich Willkommen zur diesjährigen Maiveranstaltung hier in Haßloch und gleichzeitig vielen Dank, dass ich heute hier bei euch sein darf. Die diesjährige Veranstaltung ist für mich aus zwei Gründen ein besonderes Ereignis. Zum einen weil ich heute zum ersten Mal als stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei eine Mairede halten darf und zum anderen, weil es aufgrund des 125-jährigen Geburtstages der Maiveranstaltungen auch ein historisches und damit besonderes Ereignis ist.

Zum 01. Mai 1890 traten die arbeitenden Menschen zum ersten Mal zu internationalen Kundgebungen zusammen, um in Solidarität für einen 8-Stunden-Tag zu demonstrieren. 125 Jahre konnten die Gewerkschaften viele hart umkämpfte Errungenschaften durchsetzen.

Wir ruhen uns nicht aus, sondern wir setzen uns Jahr für Jahr für den Erhalt des Erreichten unserer Ur-Väter und –Mütter ein und kämpfen für unsere Rechte in der Arbeitswelt.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Mit meinen 34 Lebensjahren füllt es mich mit stolz, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit 125 Jahren für ihre Rechte eintreten und kämpfen und dass wir uns in diesem Jahr mit dem gewählten Motto „**Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!**“ die Weichen für eine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientierte Zukunft stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem positiven Einstieg erlaubt mir, dass ich auch Kritik an unserem System übe. Es muss Schluss sein mit politischem „Gedöns“ und „Phrasen“. Was wir brauchen ist eine solidarische Mitmachpolitik, welche unsere Rechte in den Vordergrund rückt und uns sozial und gerecht am wirtschaftlichen Aufstieg teilhaben lässt. Eine Mitmachpolitik, die jeden mitnimmt, losgelöst von Geschlecht, Alter, Herkunft u.s.w.

Es braucht Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die auf den Tisch hauen, die in der Sache argumentieren und die Emotion der arbeitenden Bevölkerung beim Vortragen und Kämpfen deutlich zum Ausdruck bringen. Unsere Väter und Mütter gehen hier mit gutem Vorbild voran.

## **Mindestlohn:**

Als historischen Erfolg können wir den Mindestlohn verbuchen. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns erfüllt sich eine jahrelange gewerkschaftliche Forderung, von der ca. 3,7 Millionen Menschen profitieren. Während die Arbeitgeber zum Gegenangriff blasen, kommt mir das blanke Kotzen.

Mit welchem Recht kann es in einer modernen Wohlstandsgesellschaft zu Zeiten kapitalistischen Booms geduldet werden, dass Menschen für Dumpinglöhne unter 5 Euro die Stunde tagtäglich arbeiten und nicht in der Lage sind, vom diesem menschenunwürdigen Lohn zu leben?????

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Kaum ist die gesetzliche Grundlage geschaffen und in Kraft, suchen die Arbeitgeber nach Regelungslücken, die ihnen in den Kram passen. Die Arbeitszeit wird reduziert, so dass der Lohn gleich bleibt, während die Arbeit in weniger Zeit geschafft werden muss. Urlaubstage werden gekürzt, Arbeitsverhältnisse in Praktika umgewandelt, Warte- und Bereitschaftszeiten nicht mehr bezahlt und und und.

Der Mindestlohn ist kein Bürokratiemonster,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

sondern er definiert eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, welche die Arbeitgeber offensichtlich immer noch nicht verstanden haben. Sozialversicherungsbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern schadet dem Gemeinwohl und muss deutliche Konsequenzen haben.

Für uns muss auch in Zukunft gelten: Mindestlohn – dran bleiben!!!!

## **Allianz für Aus- und Weiterbildung:**

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung wurde ins Leben gerufen, um allen jungen Menschen eine zukunftsfähige Ausbildung als Start ins Leben zu ermöglichen. Davon sind wir jedoch noch weit entfernt. Es ist nicht damit getan, Anreize zu setzen, in dem Ausbildungsberufe zu „Pseudo-Studiengänge“ qualifiziert werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

so werden junge Menschen noch mehr vom Zugang zum Arbeitsmarkt abgekoppelt. Anreize lassen sich durch moderne Arbeitsbedingungen und eine soziale und gerechte Einkommenssituation schaffen, nicht durch „Schmalspurstudiengänge“.

Den 12.600 jungen Menschen ohne Ausbildungsstelle stehen rund 12.400 freie Ausbildungsstellen gegenüber. Die freien Ausbildungsplätze häufen sich in den

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Bereichen, in denen Arbeitszeiten das Gleichgewicht von Freizeit und Arbeit nicht ermöglichen und die Ansprüche der Azubis im Kontrast zur Vergütung und den Jobperspektiven stehen.

Die Wirtschaft hat sich bereit erklärt, jedem Jugendlichen, der bis Ende September keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, drei Angebote auf eine betriebliche Ausbildung zu machen. Die duale Ausbildung muss gestärkt werden. Da bleiben wir dran, denn junge Menschen sind unsere Investition in die Zukunft.

## **Bildung**

Und wenn wir schon einmal beim Thema Bildung sind, Kolleginnen und Kollegen: Vor gut sechs Jahren riefen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Schon im Herbst dieses Jahres sollen – ACHTUNG – alle Ziele erreicht sein.

Einiges hat sich geändert, doch die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Bildungsabschluss bleibt weiterhin hoch. Bei der Weiterbildung und beim Studium bleiben sozial Schwächere zurück. Das bedeutet, dass es gesamtgesellschaftliche Anstrengungen fordert, die Qualität der frühkindlichen Bildung deutlich zu steigern. Kein Kind und kein Jugendlicher darf bei der Bildung zurückgelassen werden.

Bildung ist staatliche Aufgabe und steht jedem Menschen gleichermaßen zu. Wer zulässt, dass sie vom Portemonnaie der Eltern abhängig gemacht wird, gehört bestraft. Soziale Gerechtigkeit, sozialer Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben sind nur möglich mit einer guten Bildung. Es ist eine Schande, dass die soziale Herkunft in Deutschland stärker über die Bildungschancen entscheidet als irgendwo sonst in Europa. Wir werden es nicht dulden, dass Armut und Ausgrenzung vererbbar sind.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

## Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Kolleginnen und Kollegen,

prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit treiben uns um - ganz deutlich wird dies bei den Minijobs. Worüber reden wir hier? Wir reden über 7,5 Millionen Menschen, die einem Minijob nachgehen, davon 5 Millionen als einzige Beschäftigung mit einem max. Einkommen von 450 Euro im Monat. Gut ein Viertel dieser Beschäftigten verfügen nicht über einen Arbeitsvertrag. Das bedeutet, dass sie Pausenzeiten nicht bezahlt bekommen und Urlaub und Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall Luxus sind. Die über das zeitliche Kontingent des Minijobs hinausgehenden Arbeitszeiten werden schwarz bezahlt, sowie die Sozialversicherungsbeiträge vom Lohn einbehalten.

Wer hier Geld in die Tasche steckt, liegt auf der Hand. Hier müssen wir gegen halten. Wir fordern, dass Arbeitszeiten detailliert aufgeschrieben werden müssen – denn: wer nichts zu verbergen hat, kann auch aufzeichnen und wer was zu verbergen hat, gehört bestraft.

Die Umwandlung von Minijobs hin zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen muss unser aller Ziel sein.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, rund 6 Millionen Menschen leben von **Hart-IV**, darunter 1,6 Millionen Kinder. Insbesondere Familien mit Kindern und Langzeitarbeitslose brauchen Hilfe. Aus dem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und schlechter Arbeit kommt nur, wer eine bessere finanzielle Absicherung bekommt und mehr Unterstützung erfährt. 250.000 junge Menschen sind in der Bundesrepublik ohne Arbeit. Aus diesem Grund fordern wir eine korrekte Berechnung der Regelsätze Hart IV und eine bessere Unterstützung von Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen jungen Menschen.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

## Tarifrunden

Ich komme zu dem Thema, welches insbesondere die Kolleginnen und Kollegen unserer Schwestergewerkschaft ver.di in Verhandlungen mit der Deutschen Post AG aktuell auf Hochtouren laufen lässt: die Tarifrunden.

In den letzten Tarifrunden sind wir alle mit gewerkschaftlichen Forderungen angetreten, die den Beschäftigten das sichern sollen, was sie durch den Einsatz ihrer Kompetenz erarbeitet haben. Arbeitgeber investieren monetäres Kapital, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen investieren ihr Wissen, Können, ihre Sozialkompetenz und ihre Motivation und am Ende erscheint das gemeinsam produzierte Gut.

Die Investitionsmasse ist auf beiden Seiten gleichermaßen vorhanden, also liebe Kolleginnen und Kollegen - muss auch der Ertrag auf beiden Seiten gleichermaßen vorhanden, gerecht und spürbar sein.

Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind es, die die Rekordgewinne der Unternehmen erarbeiten. Wir sind es, die dafür sorgen, dass die öffentliche Infrastruktur funktioniert. Es ist nur recht und billig, dass die Kolleginnen und Kollegen faire Löhne für gute Arbeit bekommen.

Bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst hat sich in diesem Jahr das Klima verschlechtert. Bis zur vierten Verhandlungsrunde lagen keine Angebote der Arbeitgeber vor. Das zeigt auf der anderen Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Solidarität der Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten wichtiger wird. Seit der Föderalismusreform entsteht ein bunter Flickenteppich an Entgelt- und Besoldungserhöhungen – gleiche Arbeit wird schon lange nicht mehr gleich bezahlt.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Ein kleiner Erfolg: der Ministerrat hat diese Woche die inhalts- und zeitliche Übertragung des Tarifergebnisses TV-L auf die Beamtinnen und Beamten im Land beschlossen. Unsere Forderung muss sein, das nicht als isolierten Erfolg zu feiern, sondern dafür zu kämpfen, dass die inhalts- und zeitliche Übertragung wieder Tradition wird – „Besoldung folgt Tarif!“ Dieser Grundsatz hat sich bewährt und ist zukunftsfähig!

Die Beamtinnen und Beamten der Feuerwehr, des Justizdienstes, in Schulen, in den Verwaltungen, in der Polizei leben nicht wie die Made im Speck, Kolleginnen und Kollegen.

## **Digitalisierung / Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Gesundheitsschutz**

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ Doch was ist die Zukunft und wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Ich weiß es nicht, aber eins weiß ich: die zunehmende Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Wir befinden uns in einer Zeit, welche der Zeit der Industriellen Revolution ins nichts nachsteht und gerade uns als Gewerkschaften kommt dabei eine immense Verantwortung zu.

Wir stehen vor großen Umbrüchen, die uns zwar unsicher, nicht jedoch Bange machen. Wir sollten diese Zeit als Chance sehen und auch neue Facetten der Mitbestimmung identifizieren und unsere Rolle neu definieren, ohne Traditionelles aus den Augen zu verlieren.

Die Digitalisierung kann beispielsweise dabei helfen, Präsenzzeiten am Arbeitsplatz zu reduzieren und somit eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.

All diese Chancen kommen nicht von selbst, die Situation birgt auch Risiken. Das Arbeitsrecht wird umgangen und Mitbestimmung wird ausgehebelt. Arbeitszeiten und

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Erholungszeiten werden miteinander vermengt, die Grenzen sind fließend geworden und bergen die Gefahr, durch die Arbeitgeber ausgenutzt zu werden.

Wir fordern, dass Beschäftigte die Arbeitszeit an ihre Wünsche anpassen können. Es braucht Arbeitszeiten, die sich der aktuellen Lebenssituation anpassen. Die Debatte über den Umfang und die Gestaltung von Arbeitszeiten wollen wir vorantreiben.

Arbeit darf nicht krank machen, sondern Arbeit soll zufrieden machen und einen gerechten Standard an Lebensqualität bieten. Gerade bei Leiharbeitern, die 20, 30 und mehr Prozent weniger Lohn bekommen als die Stammbeschaft, obwohl sie genau die gleiche Arbeit tun, wirkt sich das immens aus und auch dort, wo sich Kolleginnen und Kollegen von einem befristeten Job zum nächsten hangeln müssen und nicht wissen, ob sie ihre Familie in drei Monaten noch ernähren können. Um feste Stellenangebote zu bekommen, strengen sie sich besonders an und verausgaben sich.

Aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag Vollzeit arbeiten, aber so schlecht bezahlt werden, dass sie ihren Lohn vom Amt aufstocken lassen müssen – von der Aussicht auf die Rente ganz zu schweigen.

Das alles macht krank und deshalb fordern wir eine Neue Ordnung der Arbeit. Dazu brauchen wir

- Erstens: Klare Regeln zum Arbeitsschutz!
- Zweitens: Eine bessere Beratung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften!
- Und drittens: Kontrollen und Sanktionen, damit das Arbeitsschutzgesetz auch eingehalten wird. Wenn die Gesundheit der Beschäftigten auf Spiel gesetzt wird, dann verstößt das gegen das Gesetz – liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kriminell.



# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Frauen und Männer müssen sich Erwerbstätigkeit und Familienleben partnerschaftliche teilen können! Alle reden davon, kaum einer tut etwas dafür. Wir leben in einer dynamischen „Turbogesellschaft“, die im Widerspruch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht. Das müssen wir weiter anpacken. Frauen und Männer sollen in der Lage sein, gleichzeitig und mit gleichen Chancen zum Aufstieg erwerbstätig zu sein. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt muss gefördert und die Übernahme von familiären Aufgaben durch Männer unterstützt werden. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer. Das ist eine Schande. Hier sind Politik und wir gefordert, damit wir nicht auch noch in Zukunft in Maireden diesen Zustand beklagen müssen.

Ich spreche hier insbesondere auch für meine Kolleginnen und Kollegen des polizeilichen Wechselschichtdienstes, wenn ich fordere, dass Dienstzeiten ebenfalls den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt angepasst werden müssen. Dienstzeiten müssen den Bedürfnissen junger Menschen mit Familien und älterer Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen gleichermaßen entgegen kommen. Dem öffentlichen Dienst kommt dabei eine Vorbildrolle zu. Verbesserte Teilzeitmodelle, Modelle des frühzeitigen Ausstiegs und Wiedereinstiegs schaffen Flexibilität im Lebenszeitmodell.

Dies ist auch ein Erfordernis einer sozial gerechten Gleichstellungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

wir arbeiten flexibler – ja – genauso ist es. Es darf aber nicht länger eine Einbahnstraße für die Arbeitgeber sein, sondern es braucht politische Regeln für die neuen Technologien und digitale Medien. In der analogen Welt werden gesellschaftlichen Werte und Normen durch unsere Verfassung als Rahmen formuliert.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Unsere Strukturprinzipien, allen voran unser demokratischer Rechtsstaat muss mit all seine Facetten auch digital gelten. In der wirklichen Welt werden Straßen gebaut und in der Straßenverkehrsordnung wird geregelt, wie sich auf diesen Straßen zu verhalten ist. Das muss auch in der digitalen Welt gelten.

Der Staat hat die Pflicht, die notwendigen „Straßen“ zu bauen und die digitale Infrastruktur zu schaffen. Darüber hinaus muss er auch die Regeln formulieren, die in der digitalen Wirklichkeit Geltung haben müssen und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen. Regelverstöße müssen sanktioniert werden und dürfen nicht der „Community“ überlassen werden.

## **Öffentlicher Dienst**

Kolleginnen und Kollegen,

rund ein Drittel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird bis 2028 aus Altersgründen ausscheiden. Damit Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge nicht noch weiter gekürzt werden, brauchen wir eine unmittelbare Einstellungsoffensive. Dafür müssen gezielt auch junge Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Wir leben in einer bunten Gesellschaft und aus diesem Grund muss der öffentliche Dienst den Arbeitgebern gutes Vorbild sein. Wenn nicht bald damit begonnen wird, deutlich über den konkreten Bedarf hinaus qualifiziertes Personal an den öffentlichen Dienst zu binden, werden Heizelmännchen einspringen müssen.

## **Offensive Mitbestimmung**

Kolleginnen und Kollegen,

„Offensive Mitbestimmung! – was ist das?“ - fast neun von zehn Befragten in Deutschland halten Betriebsräte in der Arbeitswelt für wichtig und doch gehen sie nicht zu den Wahlen. Warum ist das so? Wir alle wollen die Arbeit der Zukunft gestalten.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Dazu braucht es funktionierende, starke und handlungsfähige Mitbestimmung. Die Arbeitswelt verändert sich rasant und die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Mitbestimmung bleiben so wie sie sind. Darüber hinaus werden Betriebs- und Personalräte in ihrer Arbeit behindert.

Das sind Gesetzesverstöße, die wir so nicht hinnehmen werden. Wir brauchen endlich umfassende Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsrechts. Wir gehen in die Offensive, um die Mitbestimmung zu stärken. Die weißen Flecken auf der Landkarte der Mitbestimmung dürfen nicht größer werden, wie müssen verhindert werden.

Offensive Mitbestimmung darf dabei nicht nur der Name eines Projekts des DGB sein, sondern wir müssen die Kampagne mit Leben füllen – wir alle – die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben ebenso wie die Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in den Gewerkschaften.

## **Freihandelsabkommen**

Auch die durch uns scharf kritisieren Freihandelsabkommen – allen voran TTIP – zielen darauf ab, elementare Arbeitnehmer- und Menschenrechte anzugreifen.

Es ist im freien Handel der Weltmächte nicht flächendeckend selbstverständlich, dass Zwangs- und Kinderarbeit verboten sind und auch das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenschließen zu dürfen, ist nicht überall vorhanden. Freihandelsabkommen dürften nicht dazu führen, diese elementaren Rechte der Menschen zu untergraben. Es muss einen fairen Welthandel geben, Kolleginnen und Kollegen.

Fair ist, was gerecht verteilt wird und Arbeitnehmer- und Menschenrechte in den Vordergrund stellt.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Rente, Gesundheit, Pflege, langfristige Finanzierung sozialer Sicherungssysteme, Energiepolitik, PKW-Maut und und und – all diese Themen sind zukunftsweisend und würden einen weiteren Redebeitrag und Nachmittag füllen, Kolleginnen und Kollegen.

Die Zukunft hält so vieles für uns bereit und meine Redezeit ist begrenzt. So möchte als Vertreterin von annähernd 8.000 in der Polizei Rheinland-Pfalz Beschäftigten einen Schwerpunkt zum Thema „**Handlungsfähiger Staat und gesellschaftlicher Zusammenhalt**“ setzen.

Es sind meine Kolleginnen und Kollegen, die z.B. auch heute wieder unzählige Veranstaltungen rund um den 01. Mai schützen. Heute marschieren in Worms die Rechten auf und binden damit wieder eine Vielzahl polizeilicher Kräfte, die sich gefangen sehen zwischen ihrem gesetzlichen Auftrag, die Versammlungsfreiheit des Art. 8 GG der „Rechten“ zu schützen und ihrer persönlichen Ablehnung solcher Gruppierungen gegenüber. Gefangen zwischen gesellschaftlicher Unzufriedenheit, Frust, Sprachlosigkeit auf der einen Seite und politischem Versagen auf der anderen Seite.

Nur im gesellschaftlichen Zusammenwirken können wir es schaffen, politische Fehlentscheidungen zu korrigieren. Nicht die Polizei ist der Feind, sondern das Versagen und Nichthandeln der Politik und daran müssen wir arbeiten, Kolleginnen und Kollegen.

Die Polizei ist nicht zum Selbstzweck da, sondern sie sichert den verfassungsrechtlich verankerten Rechtsstaat und gewährleistet Freiheit und Sicherheit gleichermaßen in einem täglichen Balanceakt. Soziale und Innere Sicherheit lassen sich nicht trennen.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Es braucht gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gesellschaftliche Spaltungen fördern Perspektivlosigkeit und Gewaltbereitschaft, die sich meist in der unmittelbaren Interaktion mit der Polizei entlädt.

Ich trage Fassungslosigkeit und Enttäuschung in mir, wenn ich mir den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts diese Woche zur Aufschrift „FCK CPS“ in Erinnerung rufe. Die Aufschrift, welche als „Fuck Cops“ verstanden werden kann, soll noch unter die Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG fallen.

Die zunehmende Respektlosigkeit meinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber wird durch solche Entscheidungen unnötig gefördert. Es ist Alltag geworden, dass Polizistinnen und Polizisten angepöbelt, angespuckt oder sogar angegriffen werden und wenn sie als Träger des Gewaltmonopols Gewalt einsetzen müssen, um den Rechtsstaat zu schützen, werden sie dabei gefilmt und diese Videobeiträge werden aus dem Zusammenhang gerissen und in sozialen digitalen Medien zur Schau und Diskussion gestellt. Auch das ist Ausdruck von Frust – Frust gegenüber dem Staat!

Aber wo kommt diese gesellschaftliche Unzufriedenheit her, die sich oftmals in der Gewalt gegen die Polizei „auf der Straße“ ausdrückt? Ich fasse mal kurz zusammen:

- Der Staat sieht sich durch die Schuldenbremse gezwungen, zu viel zu sparen und zu wenig zu investieren. Das führt dazu, dass in vielen Gemeinden nur noch der Mangel verwaltet wird, für nichts ist mehr Geld da. Schwimmbäder werden abgerissen, Spielplätze sind zu gefährlichen Baugruben geworden, Brücken werden gesperrt etc.
- Die Reichen werden in Deutschland hingegen immer reicher und die Armen werden immer ärmer. Es kann doch nicht sein, dass das reichste eine Prozent in Deutschland ein Drittel des Vermögens besitzt und die Zahl der Superreichen

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

und der Armut immer mehr zunimmt. Die Umverteilung von unten nach oben hat in Deutschland in den letzten Jahren eine solche Dynamik gewonnen, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend gefährdet.

- Das ist ungerecht, schürt Neid, Unzufriedenheit und Frust, was sich wiederum in Hilfslosigkeit ausdrückt und dann stehen dort rund um die EZB in Frankfurt im Rahmen der antikapitalistischen Blockupy- Demo die Polizisten als Repräsentanten des für diese Dilemma-Situation verantwortlichen Staates.
- Die mittleren und unteren Einkommen finanzieren mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen das Gemeinwesen und kurbeln mit ihrem Konsum die Wirtschaft an. Mit dem Geld der Reichen, was niemand braucht, wird hingegen hemmungslos unter Außerachtlassung von Ethik und Moral spekuliert. Wohin das führt, hat uns doch die jüngste Vergangenheit gezeigt, Kolleginnen und Kollegen.

Wir fordern an dieser Stelle:

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Eine wirkungsvolle Erbschaftssteuer
- Höhere Steuern auf Spitzeneinkommen und eine einmalige Vermögensabgabe.

Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften und eine andere Politik. Die steigende Ungleichheit ist kein Naturereignis. Sie ist politisch gemacht und kann auch nur politisch überwunden werden.

Nur so, Kolleginnen und Kollegen, erreichen wir, dass der Staat wieder Geld zur Verfügung hat, welches dringend für Investitionen in die Zukunft benötigt wird.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

## Europa

Was wäre das für ein 1. Mai, wenn wir nicht auch über die EU-Politik reden würden? Die Stimmungsmache der europakritischen Populisten hat mich im letzten Jahr zutiefst betroffen gemacht, weil sie den Menschen in unserem Land den Eindruck vermittelt, als seien die in der EU lebenden Menschen Sündenbock für die wirtschaftliche Lage und die Einkommensverhältnisse.

Ja, die Euro-Krise ist noch nicht vorbei – Jahr für Jahr weitet sie sich aus und das muss uns Sorge bereiten. Die Wirtschaftskraft geht zurück und Gewerkschaften und Löhne werden angegriffen – die Reallöhne sinken und die Bevölkerung in Europas Süden verarmt.

Die Finanzmärkte werden von Spekulanten beherrscht, von einer effektiven Regelung der Märkte sind wir weit entfernt. Was passiert nun, wenn durch Spardiktate Parlament ausgehebelt werden? Dann gerät die Demokratie in Gefahr. Aus diesem Grund muss Europa auf einen anderen politischen Kurs gebracht werden. Das Vertrauen in die europäische Einigung kann nur gelingen, wenn die Menschen hinreichend informiert und beteiligt werden, dass die die aktuelle Europa-Politik verstehen können, Kolleginnen und Kollegen.

Ein Beispiel dazu: Wer quasi über Nacht Bankrettungsfonds auflegen und Milliardensummen mobilisieren kann, muss doch andererseits auch in der Lage sein, z.B. der Jugendarbeitslosigkeit in der EU von knapp einem Viertel entgegenzuwirken?????

Wir fordern effektive Sofortprogramme für die von der sozialen Ungleichheit betroffenen Ländern, allen voran Griechenland und keine Hilfe mit der Gießkanne! Der nächste Flächenbrand, liebe politisch Verantwortlichen, zeichnet sich ab.

# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

## Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

In Deutschland müssen alle sicher und ohne Angst leben können. Dies gehört zu den Fundamenten unsers Landes und ist Kernbestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Bedauerlicherweise werden Flüchtlinge in den letzten Monaten immer mehr eingeschüchtert und bedroht. Von den weltweit ca. 50 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen sind im letzten Jahr ca. 170.000 zu uns gekommen, um bei uns Schutz zu suchen. Vielen von ihnen stammen aus Syrien, dem Land, in dem der selbsternannte Islamische Staat Angst und Schrecken verbreitet.

Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaften und dafür stehe ich heute hier, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu kämpfen und ich zeige mit euch und allen anderen Gewerkschaftern gemeinsam Flagge gegen die menschenverachtenden rechten Ideologien. Es ist unsere menschenrechtliche Pflicht, Verfolgten Asyl zu gewähren. Flüchtlinge sind bei uns – wie jeder andere Mensch auch – herzlich willkommen und verdienen eine menschwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung.

Kolleginnen und Kollegen,

wird sind weltoffen und stehen auf, wo Menschenrechte verachtet werden. Wir sind eine bunte, weltoffene und demokratische Gesellschaft. Ich stehe mit meinen 34 Jahren als Vertreterin der jüngeren Generation hier und ich wünsche uns eine Zukunft, in der das so bleibt. Es hat uns große Anstrengungen gekostet, auf breiter Front öffentlich gegenzuhalten. Dafür möchte ich allen Akteuren recht herzlich danken. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus dürfen nicht auf fruchtbarem Boden fallen.



# 1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

Wir fordern eine Politik, die ein soziales und gerechtes Miteinander schafft und lehnen eine Politik ab, welche aufgrund ihrer Hilflosigkeit rechtsextremer Gewalt und linksextremer Gewalt freien Lauf lässt.

Wir sind alle dazu verpflichtet, rechtzeitig gegen rechtsextremistisches Denken zu handeln, gegen Rassismus und Intoleranz. Jedes Jahr, wenn der braune Mob versucht, mit menschenverachtenden Parolen Stimmung an unserem 1. Mai zu erzeugen, muss uns bewusst werden oder sein, dass wir Farbe bekennen müssen, dass wir kämpfen müssen, dass wir gegenhalten müssen!!!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nein, wir sind nicht politikverdrossen!!!

Nein, wir sind nicht uninteressiert!!!

Ja, wir – die Gewerkschaften – sind zukunftsfähig!!!! Und

Ja, „die Arbeit der Zukunft gestalten wir“!

Wir setzen und für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein und schützen diese, wir bringen die Politik unter Zugzwang, wir bündeln Kräfte in solidarischer Gemeinschaft, wir verleihen unseren Forderungen Nachdruck - vor 125 Jahre, die Jahre danach, gestern, heute, morgen und mindestens in den nächsten 125 Jahren.

Der Mensch ist Erfolgsgarant der Wirtschaft und muss im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen. Lasst und gemeinsam die Zukunft und die Arbeit der Zukunft gestalten!!!

Vielen DANK!!!!